

Die vorliegende PDF-Datei haben wir im Auftrag unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Tätigkeit darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit dieser in Dateiform überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich dieser Bericht ausschließlich an den Auftraggeber und seine Organe richtet. Unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - bemisst sich alleine nach den mit dem Mandanten geschlossenen Auftragsbedingungen.

INHALTSVERZEICHNIS

A.	PRÜFUNGS-AUFTRAG	1
B.	GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	2
	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter der Stiftung	2
C.	GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	3
I.	Gegenstand der Prüfung	3
II.	Art und Umfang der Prüfung	3
D.	FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	5
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	5
	1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	5
	2. Jahresabschluss	5
II.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	6
	1. Erläuterungen zur Gesamtaussage	6
	2. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	6
III.	Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse	6
	Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	6
E.	SONSTIGE AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS	7
I.	Ertragslage	7
II.	Vermögenslage	9
F.	WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS	11
G.	SCHLUSSBEMERKUNG	14

ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2018
 2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
 3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018
 4. Bericht über die Zweckerfüllung für das Geschäftsjahr 2018
 5. Rechtliche und steuerliche Grundlagen
- Allgemeine Auftragsbedingungen

An die Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf:

A. PRÜFUNGSaufTRAG

1 Der Vorstand der

**Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung,
Düsseldorf,**

(im Folgenden auch "Brot gegen Not" oder "Stiftung" genannt)

hat uns den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 unter Einbeziehung der Buchführung zu prüfen.

2 In Ausführung des uns von dem Vorstand erteilten Auftrags haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 entsprechend § 317 HGB und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen geprüft.

3 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

4 Der vorliegende Prüfungsbericht wurde von uns in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F.) erstellt.

5 Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften nach dem Stand vom 1. Januar 2017 maßgebend. Danach ist unsere Haftung nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen begrenzt. Im Verhältnis zu Dritten gelten Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter der Stiftung

6 Da für die Stiftung weder eine gesetzliche Verpflichtung besteht, noch aufgrund entsprechender Regelungen in der Satzung ein Lagebericht i.S.d. § 289 HGB aufzustellen ist, können wir keine Stellungnahme zur Beurteilung der Lage der Stiftung durch die gesetzlichen Vertreter abgeben, wie sie in einem Lagebericht üblicherweise zum Ausdruck kommt.

Der Vorstand der Stiftung ist bei der Bilanzierung von der Fortführung der Stiftungstätigkeit ausgegangen. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass an dieser Annahme aufgrund bestandsgefährdender Risiken ernstliche Zweifel bestehen.

Der Vorstand hat berichtet, dass Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag des Jahresabschlusses nicht eingetreten sind. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung waren keine abweichenden Feststellungen zu treffen.

Zur Darstellung des Verlaufes des Geschäftsjahres 2018 verweisen wir auf den als Anlage 4 beigefügten Bericht des Vorstandes über die Zweckerfüllung der Stiftung.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

I. Gegenstand der Prüfung

7 Gegenstand unserer Prüfung waren der nach den deutschen handelsrechtlichen Grundsätzen aufgestellte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Stiftung.

Wir weisen darauf hin, dass der Vorstand der Brot gegen Not die Verantwortung für die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben trägt.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Die Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand der Brot gegen Not oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Vorstandes zugesichert werden kann.

II. Art und Umfang der Prüfung

8 Die durchgeführte Prüfung erfolgte ebenfalls freiwillig, da Brot gegen Not weder nach § 316 HGB noch nach StiftG NW einer gesetzlichen Prüfungspflicht unterliegt. Unsere Prüfung erfolgte nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Ausgangspunkt war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2017.

Auf Basis der von uns festgestellten und beurteilten Fehlerrisiken haben wir ein Risikoprofil für die Angaben in der Rechnungslegung erstellt. Zu diesem Zweck haben wir Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung durchgeführt und uns zunächst ein Verständnis von der Stiftung sowie ihrem wirtschaftlichen und rechtlichen Umfeld verschafft und darauf aufbauend mit den Unternehmenszielen und -strategien sowie deren Umsetzung beschäftigt, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Ausgehend von Gesprächen mit der Unternehmensleitung und der Einsichtnahme in Organisationsunterlagen der Stiftung haben wir uns darüber hinaus nach pflichtgemäßem Ermessen von der Ausgestaltung des internen Kontrollsystems ein Verständnis verschafft und beurteilt, welche Maßnahmen die Stiftung, insbesondere zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Stiftung abzugeben.

Auf Grundlage der Risikobeurteilung wurden daraufhin einzelne Prüffelder identifiziert und ein entsprechendes Prüfungsprogramm entwickelt. In diesem Prüfungsprogramm wurden die Schwerpunkte der Prüfung und für jedes Prüffeld die Prüfungsziele sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Zudem wurden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterereinsatz geplant.

Wegen der überschaubaren Größe der Stiftung und der geringen Komplexität der Organisationsstrukturen und Kontrollsysteme haben wir im Wesentlichen aussagebezogene Prüfungshandlungen (analytische Prüfungen und Einzelfallprüfungen) durchgeführt.

Wir haben die Prüfung im Wesentlichen in den Monaten Juni, Juli und November 2019 in den Räumen der Stiftung sowie in unserem Büro durchgeführt.

Alle verlangten Aufklärungen und Nachweise wurden erbracht.

Die gesetzlichen Vertreter der Stiftung haben uns in ihrer abgegebenen Vollständigkeitsklärung schriftlich versichert, dass die erteilten Aufklärungen und Nachweise vollständig sind. Ferner haben sie erklärt, dass alle Geschäftsvorfälle erfasst und im Jahresabschluss wiedergegeben worden sind.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

9 Unsere Prüfung ergab die formelle und materielle Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und den übrigen gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher der Stiftung sind ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in der Buchführung und im Jahresabschluss abgebildet.

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen sind grundsätzlich geeignet, die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle zu gewährleisten.

2. Jahresabschluss

10 Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 ist in allen wesentlichen Belangen ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen der Stiftung entwickelt worden. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind in allen wesentlichen Belangen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt.

Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Größenabhängige Erleichterungen gemäß § 274a HGB und § 288 HGB wurden zutreffend (teilweise) in Anspruch genommen.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Erläuterungen zur Gesamtaussage

- 11 Die Angaben zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang der Stiftung (Anlage 3) enthalten.

Änderungen in den Bewertungsgrundlagen (Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten sowie Ausnutzung von Ermessensspielräumen) oder sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

2. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

- 12 Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt.

III. Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

- 13 Die mit Stiftungsgeschäft und -satzung vom 24. Oktober 2000 als selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts im Sinne des StiftG NW von Herrn Heiner Kamps errichtete Stiftung wurde am 23. November 2000 von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt und mit Eintragung im Verzeichnis der selbständigen Stiftungen im Regierungsbezirk Düsseldorf am 28. November 2000 rechtsfähig.

Satzungsgemäßer Zweck der Stiftung ist es, Kindern und Jugendlichen in besonderer Notsituation durch Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Unterbringung sowie durch angemessene Unterstützung von Grundbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen direkt wirksame, aber auch nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Sonstige relevante rechtliche Grundlagen zum Bilanzstichtag haben wir in Anlage 5 dargestellt.

E. SONSTIGE AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

I. Ertragslage

- 14 In der nachfolgenden Übersicht haben wir die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 nach projektspezifischen Gesichtspunkten zusammengefasst, den Vorjahreszahlen gegenübergestellt und erläutert:

	2018		2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Einnahmen aus Zuwendungen	121	100,0	160	100,0	-39	-24,4
Finanzergebnis*)	0	0,0	0	0,0	0	-
Erträge des Stiftungsvermögens und Zuwendungen Dritter	121	100,0	160	100,0	-39	-24,4
Aufwendungen für Stiftungszwecke	-84	-69,4	-102	-63,8	18	-17,6
Stiftungsergebnis	37	30,6	58	36,2	-21	-36,2
Übrige Aufwendungen	-27	-22,3	-22	-13,8	-5	22,7
Jahresergebnis	10	8,3	36	22,4	-26	-72,2

- 15 Die Einnahmen aus Zuwendungen fielen im Vorjahr mit T€ 160 - aufgrund eines gesonderten Spendenaufrufs von Herrn Heiner Kamps anlässlich seines Geburtstags - um T€ 39 höher als im Berichtsjahr aus.

*) jeweils unter € 500,00

- 16 Im Berichtsjahr wurden begonnene Projekte fortgeführt und nach neuen Projekten Ausschau gehalten. Die unmittelbaren und mittelbaren **Aufwendungen für Stiftungszwecke** sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 18 (= 17,6 %) auf T€ 84 gesunken. Die unmittelbar zurechenbaren Projektkosten betragen T€ 32.

	2018 T€	2017 T€
Albanien	0 *)	0
Äthiopien	1	0
Gambia	17	29
Malawi	7	23
Mosambik	4	1
Nicaragua	0 *)	0
Projektkosten	3	2
	<u>32</u>	<u>55</u>

Die Position "Projektkosten" betrifft Vorlaufkosten für geplante neue Projekte und nachträgliche Kosten für bereits abgeschlossene Projekte.

- 17 Die dargestellte Entwicklung hat dazu geführt, dass das **Stiftungsergebnis** nach T€ 58 im Vorjahr im Berichtsjahr T€ 37 beträgt.
- 18 Die **übrigen Aufwendungen**, die im Wesentlichen Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung betreffen, sind mit T€ 27 gegenüber dem Vorjahr um 22,7 % gestiegen, während sie in Relation zu den Einnahmen um 8,5 %-Punkte auf 22,3 % gestiegen sind. Grund für die prozentuale gestiegenen Aufwendungen sind die hohen Einnahmen aus Zuwendungen im Vorjahr.
- 19 Insgesamt hat sich ein **Jahresergebnis** von knapp T€ 10 (Vorjahr: T€ 36) ergeben, das mit dem Mittelvortrag verrechnet wird.

II. Vermögenslage

- 20 In der folgenden Übersicht haben wir die Bilanz zum 31. Dezember 2018 zusammengefasst, den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt und erläutert:

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,5	4	0,7	-1	-
Umlaufvermögen						
Sonstige Aktiva*)	0	0,0	0	0,0	0	-
Liquide Mittel	562	99,5	552	99,3	10	1,8
	562	99,5	552	99,3	10	1,8
	565	100,0	556	100,0	9	1,6
Passiva						
Eigenkapital						
Stiftungskapital	511	90,4	511	91,9	0	0,0
Mittelvortrag	41	7,3	32	5,8	9	28,1
	552	97,7	543	97,7	9	1,7
Fremdkapital						
Sonstige Rückstellungen	10	1,8	9	1,6	1	11,1
Sonstige Verbindlichkeiten	3	0,5	4	0,7	-1	-25,0
	13	2,3	13	2,3	0	0,0
	565	100,0	556	100,0	9	1,6

- 21 Bei den **Immateriellen Vermögensgegenständen** handelt es sich um die neue Website der Stiftung, die im Vorjahr online geschaltet wurde. Hierauf erfolgen planmäßige Abschreibungen.
- 22 Die **Sonstigen Aktiva** betrafen im Vorjahr Forderungen aufgrund von Reisekostenvorschüssen an ehrenamtliche Helfer.

*) im Vorjahr unter € 500,00

23 Die **liquiden Mittel** betreffen Guthaben bei Kreditinstituten und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017
	T€	T€
Festgeldkonto	442	512
Kontokorrentkonten	120	40
	<u>562</u>	<u>552</u>

24 Das **Stiftungskapital** von T€ 511 umfasst neben dem von Herrn Heiner Kamps bereitgestellten Grundstockvermögen von T€ 500 eine weitere Zustiftung von Herrn Kamps von T€ 11.

25 Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen **sonstigen Rückstellungen** von T€ 10 (Vorjahr: T€ 9) betreffen Beratungs- und Prüfungskosten des laufenden Jahres und des Vorjahres sowie Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

26 Die **sonstigen Verbindlichkeiten** von T€ 3 betreffen u.a. Reisekosten für Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer, Telefonkosten und die Lohnsteuer-Anmeldung Dezember 2018.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf:

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stiftung unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unserer Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Stiftung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stiftung ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

G. SCHLUSSBEMERKUNG

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses der Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 in einer von der als Anlage zu diesem Bericht beigefügten, bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird hingewiesen.

Köln, den 21. November 2019

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schulz-Danso
Wirtschaftsprüfer

Koerner
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktiva

	Stand am 31.12.2018 €	Stand am 31.12.2017 €
A. Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.976,00	3.720,00
B. Umlaufvermögen		
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	177,13
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	561.971,34	551.777,74
	561.971,34	551.954,87
	<u>564.947,34</u>	<u>555.674,87</u>

Passiva

	Stand am 31.12.2018 €	Stand am 31.12.2017 €
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	511.291,88	511.291,88
II. Mittelvortrag	41.113,07	31.588,66
	<u>552.404,95</u>	<u>542.880,54</u>
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	9.987,50	9.150,00
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	2.554,89	3.644,33
- davon aus Steuer: € 774,35 (Vorjahr: € 2,16) -		
	<u>564.947,34</u>	<u>555.674,87</u>

Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	€	€	2017 €
1. Einnahmen aus Zuwendungen			
a) Geldspenden	119.422,43		152.470,85
b) Sachspenden	2.000,00		7.410,33
	<u> </u>	121.422,43	
2. Sonstige betriebliche Erträge			159,53
3. Personalaufwand (Projektbegleitung)			
a) Löhne und Gehälter	-49.200,00		-44.775,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-10.883,59		-9.965,07
	<u> </u>	-60.083,59	
4. Unmittelbare Aufwendungen für Stiftungszwecke		-32.340,20	-55.343,96
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Werbekosten	-1.035,30		-3.053,13
b) Ausgaben für Verwaltung	-17.742,82		-10.154,93
	<u> </u>	-18.778,12	
6. Abschreibungen auf Sachanlagen		-744,00	-744,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		47,89	220,36
8. Jahresergebnis		<u>9.524,41</u>	<u>36.224,98</u>
9. Mittelvortrag des Vorjahres		31.588,66	-4.636,32
10. Mittelvortrag des Geschäftsjahres		<u>41.113,07</u>	<u>31.588,66</u>

**Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf**

**Anhang
für das Geschäftsjahr 2018**

1. Allgemeines

Der nach Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen bestehenden Pflicht zur Rechnungslegung kommt Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung durch Anwendung der §§ 238 bis 263 HGB nach.

Bei entsprechender Anwendung des § 267 HGB ist Brot gegen Not eine kleine Stiftung i.S.d. § 267 Abs. 1 HGB und sie nimmt daher zum Teil entsprechende größenabhängige Erleichterungen in Anspruch.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt freiwillig in Anlehnung an die für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften unter Berücksichtigung von stiftungsbezogenen Besonderheiten.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Website wird linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und entsprechen den Beträgen der voraussichtlichen Inanspruchnahme.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Posten des Anlagevermögens ist in dem nachfolgenden Anlagespiegel dargestellt.

Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf

Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2018

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand am 1.1.2018	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2018	Stand am 1.1.2018	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2018	Stand am 31.12.2018	Stand am 31.12.2017
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Anlagevermögen										
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	4.464,00	0,00	0,00	4.464,00	744,00	744,00	0,00	1.488,00	2.976,00	3.720,00
II. Sachanlagen										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.770,72	0,00	1.770,72	0,00	1.770,72	0,00	1.770,72	0,00	0,00	0,00
	6.234,72	0,00	1.770,72	4.464,00	2.514,72	744,00	1.770,72	1.488,00	2.976,00	3.720,00

Umlaufvermögen

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sämtlich eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Eigenkapital

Das Stiftungskapital umfasst das Grundstockvermögen der Stiftung in Höhe von € 500.000,00 sowie eine Zustiftung in Höhe von € 11.291,88.

Der Mittelvortrag beinhaltet neben den Mitteln, die zeitnah im Folgejahr für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden sollen, nach steuerrechtlichen Vorschriften gebildete Rücklagen wie die folgende Mittelverwendungsrechnung zeigt:

	€
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	
Stand 1. Januar 2018	3.665,90
Zuführung	<u>960,67</u>
Stand 31. Dezember 2018	<u>4.626,57</u>
Mittel zur zeitnahen Verwendung nach § 55 Abs. 1 Nr. 5 AO	
Stand 1. Januar 2018	27.922,76
Veränderung aus dem laufenden Jahr	<u>8.563,74</u>
Stand 31. Dezember 2018	<u>36.486,50</u>
Mittelvortrag	<u>41.113,07</u>

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden insbesondere für Aufwendungen aus dem Personalbereich und für Jahresabschlusskosten gebildet.

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Aufwendungen für Stiftungszwecke**

Neben den unmittelbaren Aufwendungen für Stiftungszwecke fielen für geförderte Projekte in Gambia, Malawi, Mosambik sowie für zukünftige und alte Projekte von insgesamt € 32.340,20 im Geschäftsjahr 2018 Personalaufwendungen von € 60.083,59, Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände von € 744,00 und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von € 18.778,12 an.

5. Sonstige Angaben

Im Jahresdurchschnitt wurde ein angestellter **Mitarbeiter** beschäftigt (Vorjahr: 1).

Organe

Als Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2018 bestellt:

Hiltrud Seggewiß
Dr. Henrik Bauwens
Judith Kamps-Gracia

Mitglieder des Kuratoriums waren im Geschäftsjahr 2018:

Heiner Kamps -Vorsitzender-
Michael Phillips
Prof. Coordt von Mannstein
Silke Niehaus
Peter Becker
Ella Kamps

Die Mitglieder des Vorstands und des Kuratoriums sind ehrenamtlich tätig.

Düsseldorf, den 20. November 2019

Brot gegen Not
Die Heiner Kamps Stiftung

Der Vorstand



brot gegen not
die heiner kamps stiftung

Bericht über die Zweckerfüllung für das Geschäftsjahr 2018

Im Geschäftsjahr 2018 betragen die Gesamteinnahmen der Stiftung einschließlich Sachzuwendungen insgesamt 121,4 T€ und sind somit im Vergleich zum Vorjahr um 38,8 T€, d.h. um 24% gesunken. Die Stiftung betreute aktiv folgende Projekte in 2018:

- Mosambik, Namaacha:
Padaria San Jose ist ein gemeinsames Projekt mit der Welthungerhilfe und der Christian-Liebig-Stiftung, das von Salesianerinnen betreut wird. Es startete im Juli 2011 mit der Produktion und dem Verkauf von Backwaren. Seit Januar 2012 läuft der Bäckereibetrieb ohne aktive Unterstützung von „Brot gegen Not“-Experten. Durch einen Besuch in 2018 und den ständigen Informationsaustausch des Projektmanagers mit den Projektpartnern findet eine regelmäßige Erfolgskontrolle statt. Eine regelmäßige Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Bäckereibetriebes seitens „Brot gegen Not“ findet gemeinsam mit dem Projektpartner statt. Überschüsse kommen der Versorgung des angeschlossenen Waisenhauses zugute. Die Ausgaben 2018 für dieses Projekt betragen 7,7 T€.
- Brasilien, Crato:
Das Projekt „Ausbildungsbackstube Verde Vida Pao“ startete in 2009. Es befindet sich in Crato im Nordosten Brasiliens. Ziel ist es, jungen Menschen durch eine fundierte Ausbildung im Bäckerhandwerk gute berufliche und persönliche Perspektiven zu eröffnen. Der lokale Projektpartner ist „Verde Vida“, der seit 2011 eigenständig ohne aktive Unterstützung von „Brot gegen Not“ die Ausbildungsbackstube betreut. In 2018 erfolgte ein Projektbesuch des Projektmanagers. Die Ausgaben für abgeschlossene Projekte von 9,2 T€, die Zwecks Feststellung der Nachhaltigkeit der Arbeit der Stiftung besucht werden, entfielen im Wesentlichen auf dieses Projekt.
- Malawi, Mzuzu
Dieses Projekt basiert auf der Zusammenarbeit mit der deutschen Malawihilfe e.V. und der Capuchin Mission in Lusangazi-Mzuzu. Die Mission besteht seit 2004 und unterhält eine weiterführende Schule (Internat) mit bis zu 260 Schülerinnen, eine Schulkantine, ein Landhospital, eine Ölmühle, eine Maismühle, einen kleinen Laden sowie eine Schreinerei, die mit Hilfe der Malawihilfe mit deutschen Maschinen ausgerüstet wird. Die Ausbildungsbackerei ermöglicht jungen Menschen aus der Umgebung von Mzuzu eine qualifizierte Ausbildung, die die Eigenversorgung der Mission sicherstellt und die lokale Bevölkerung mit hochwertigen Backwaren versorgt. Der von der Bäckerei erwirtschaftete Gewinn wird reinvestiert und dient der Finanzierung von lokalen Projekten der Capuchin Mission. In 2018 wurde das Projekt zweimal besucht. Die Ausgaben für dieses Projekt betragen 19,7 T€.

- Gambia, Tanji:
Das 2017 eröffnete Projekt in der Nähe der Hauptstadt Banjul wird mit der deutschen MMEmpowerment GmbH sowie der Missionsgesellschaft WEC gemeinsam durchgeführt. Im „House of Skills“ ist eine Bäckerei eingerichtet. Ziel der Ausbildungsbackstube ist es, junge Leute auszubilden, die Bevölkerung mit guten Backwaren zu versorgen und anfallende Gewinne im Projekt „House of Skills“ zu reinvestieren. Seit Oktober 2017 werden 6 Jugendliche ausgebildet. „Brot gegen Not“ führte zwei Projektbesuche durch, um die Ausbildungsfortschritte zu begutachten und Kontakte zu knüpfen. Die Ausgaben für dieses Projekt betragen 28,9 T€.
- Nicaragua, San Carlos:
Die Belegschaft der Ausbildungsbackerei der Fundacion San Lucas wird durch die Unterstützung der „Brot gegen Not“-Experten ausgebildet. Die Bäckerei ermöglicht jungen Menschen, eine Ausbildung zu machen. Durch nachhaltiges Wirtschaften sollen sich zukünftig sämtliche Betriebskosten tragen sowie Rücklagen gebildet werden. Eventuelle Gewinne werden zur finanziellen Verbesserung des Frauenhauses beitragen, das von der Fundacion San Lucas unterhalten wird. Die Ausgaben für dieses Projekt betragen 0,1 T€. In 2018 fand kein Projektbesuch statt.
- Projektvorbesuch:
Ein Projektvorbesuch findet in Addis Abeba-Äthiopien statt. Der Projektmanager besichtigt mögliche Standorte und potenzielle Projektpartner in Addis Abeba, Debra Berhan und Alem Katema für ein kommendes Projekt.

Anlaufkosten für eventuelle neue Projekte sowie Kosten der Betreuung für bereits bestehende Ausbildungsbackstuben fielen in Höhe von 18,8 T€ an. Die Verwaltungskosten inklusive Öffentlichkeitsarbeit liegen bei 31,2 T€ und betragen 22,6% im Verhältnis zu den Einnahmen (Vorjahr: 19,5 %) sowie 24,6 % bezogen auf die Gesamtkosten (Vorjahr: 25,2%).

ANLAGE 5

Rechtliche und steuerliche Grundlagen

Firma, Sitz

Brot gegen Not - Die Heiner Kamps Stiftung, Düsseldorf

Verzeichnis

Regierungsbezirk Düsseldorf, Registernummer 21.13-St.821

Gründung

Die mit Stiftungsgeschäft und -satzung vom 24. Oktober 2000 als selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts im Sinne des § 2 Abs. 1 StiftG NW errichtete Stiftung wurde am 23. November 2000 von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigt und mit Eintragung im Verzeichnis der selbständigen Stiftungen im Regierungsbezirk Düsseldorf am 28. November 2000 rechtsfähig.

Stiftungszweck

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist es, Kindern und Jugendlichen in besonderer Notsituation durch Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Unterbringung sowie durch angemessene Unterstützung von Grundbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen direkt wirksame, aber auch nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Zur Verwirklichung des Stiftungszwecks kann die Stiftung Zweckbetriebe unterhalten, Hilfspersonen heranziehen und ihre Mittel teilweise anderen, ebenfalls steuerbegünstigten inländischen Körperschaften zur Verfügung stellen.

Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Der Stifter und seine Erben erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung. § 58 Nr. 5 AO bleibt unberührt.

Stiftungsvermögen

Das Grundstockvermögen der Stiftung ergibt sich aus dem Stiftungsgeschäft. Das Stiftungsvermögen ist in seinem Werte ungeschmälert zu erhalten. Dem Stiftungsvermögen wachsen die Zuwendungen Dritter zu, soweit sie dazu bestimmt sind.

Die Stiftung wurde durch Herrn Heiner Kamps zunächst mit einem Anfangsvermögen von € 500.000,00 ausgestattet. Darüber hinaus erfolgte durch Herrn Kamps eine Zustiftung in Höhe von € 11.291,88.

Verwendung der Vermögenserträge und Zuwendungen

Die Erträge des Stiftungsvermögens und die ihm nicht zuwachsenden Zuwendungen (Spenden) sind zur Erfüllung des Stiftungszwecks zeitnah zu verwenden.

Die Verwaltungskosten sind aus den Erträgen und Spenden vorab zu decken.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

Freie und gebundene Rücklagen können im Rahmen der steuerrechtlichen Vorschriften gebildet werden.

Geschäftsjahr

Kalenderjahr

Stiftungsorgane

Im Geschäftsjahr 2018 waren als **Vorstand** bestellt:

Hiltrud Seggewiß
Dr. Henrik Bauwens
Judith Kamps-Gracia

Die Mitglieder des Vorstands werden auf die Dauer von 3 Jahren bestellt; eine Wiederbestellung ist zulässig. Sie können vom Kuratorium jederzeit aus wichtigem Grund abberufen werden.

Beim Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird der Nachfolger vom Kuratorium benannt. Ein Mitglied des Kuratoriums kann nicht zugleich Mitglied des Vorstands sein.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters und handelt durch zwei seiner Mitglieder gemeinschaftlich.

Dem **Kuratorium** gehörten im Geschäftsjahr 2018 an:

Heiner Kamps -Vorsitzender-
Michael Phillips
Peter Becker
Prof. Coordt von Mannstein
Silke Niehaus
Ella Kamps

Beim Ausscheiden eines Mitglieds des Kuratoriums benennen die verbleibenden Mitglieder einen Nachfolger.

Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile aus Mitteln der Stiftung zugewendet werden. Sie haben Anspruch auf Ersatz der Ihnen entstandenen notwendigen Auslagen und Aufwendungen. Für den Zeitaufwand der Mitglieder des Vorstands kann das Kuratorium eine in ihrer Höhe angemessene Kostenpauschale beschließen.

Wesentliche Beschlüsse des Kuratoriums

In der Kuratoriumssitzung am 14. Dezember 2018 wurden folgende Beschlüsse getroffen:

- Billigung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017;
- Entlastung des Stiftungsvorstands für das Geschäftsjahr 2017;
- neue Projekte und Budget 2019;
- Aktualisierung der Satzung; insbesondere wurden die namentlich benannte Mitglieder der Organe bei Gründung der Stiftung herausgenommen, die Anzahl der Personen des Kuratoriums wurde mit vier bis sechs festgeschrieben und die Verpflichtung für die Kuratoriumsmitglieder einmal jährlich zu einer persönlichen Sitzung zusammenzukommen aufgenommen.

Stiftungsaufsicht

Aufsichtsbehörde der Stiftung ist die Bezirksregierung Düsseldorf. Oberste Aufsichtsbehörde ist der Minister des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Stiftung wird zum Prüfungszeitpunkt beim Finanzamt Düsseldorf-Altstadt unter der Steuernummer 103/5920/1417 geführt.

Mit Bescheid vom 7. November 2017 hat das Finanzamt Düsseldorf-Süd einen steuerlichen Freistellungsbescheid zur Körperschaftsteuer erteilt.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.